



Protokollauszug zum BAUAUSSCHUSS

am Donnerstag, 10.03.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1 Digitalisierung am Beispiel der Drohnenvermessung
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt und auf Wunsch an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ein Link verschickt worden. BMin Schwarz prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder vor Ort und digital. Digital zugeschaltet ist Stadträtin Dr. Knoß.

BMin **Schwarz** ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung berichtet anhand einer Präsentation über die kürzlich erfolgten Vermessungsarbeiten mittels einer Drohne (vgl. Anlage zur Niederschrift). Es sei ein gutes Beispiel angewandter Digitalisierung bei der Stadtverwaltung.

BMin **Schwarz** eröffnet sodann die Aussprache.

Die Stadtverwaltung dringe in die dritte Dimension vor, meint schmunzelnd Stadtrat **Bauer**. Er hält die Drohnenvermessung für ein Mittel, um fundierte Entscheidungen herbeizuführen und zur Versachlichung beizutragen. Er fragt nach den Kosten für die Hard- und Software. Die Mitarbeiterschaft sollte für das neue Arbeitsmittel mitgenommen werden. Er fragt, ob auch die Ausrüstung mit Wärmebildkameras möglich sei.

Stadtrat **Braumann** findet positiv, dass die Stadtverwaltung auf dem heutigen Stand der Technik sei. Die Technologie sei nicht nur für Verwaltungszwecke wertvoll. Er fragt, ob auch Leistungen für Externe erbracht werden können und dadurch Einnahmen generiert werden könnten.

Dem Digitalisierungsschritt könne er unterstützen, so Stadtrat **Remmele**. Er sieht auch einen Mehrwert durch die Nutzung von Wärmebildkameras für energetische Sanierungen oder Erstellung eines Solarkatasters. Insgesamt biete die Technik viele gute Möglichkeiten.

Stadtrat **Juranek** betont, dass das Berufsbild des Vermessers sich wandeln wird. Er fragt nach der Konkurrenz durch andere bildgebende Mittel wie Satelliten, und ob die Drohnenvermessung

dauerhaft eingesetzt werden soll.

Die Vorteile Zeit und Einsatz in unwegsamem Gelände erwähnt Stadtrat **Eisele**. Er fragt nach der Speicherart der Daten und ob die Stadt auch Dächerbegutachtungen gegen Bezahlung anbieten könnte.

TOP 1 Digitalisierung am Beispiel der Drohnenvermessung
- mündlicher Bericht

Stadtrat **Link** fragt, wie viele Mitarbeiter die Drohne bedienen können.

Der **Fachbereichsleiter** Stadtplanung und Vermessung spricht von einem erweiterten Berufsbild, das auch zur Haushaltskonsolidierung beitrage. Aus zwei Stellen sei eine höherwertige Stelle entstanden. Wie in vielen Bereichen der Digitalisierung sei viel Fachwissen nötig.

Dem **Mitarbeiter** des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung zufolge gebe es noch keine freien Kapazitäten für außer-städtische Aufträge. Die Kosten für eine Drohne belaufen sich im hohen vierstelligen Bereich. Gespeichert werden die gewonnenen Daten in einem Chip in der Drohne, der danach ausgelesen wird. Die Drohrentechnik ersetze die klassische Vermessung nicht und stelle eine gute Ergänzung dar. Für den Einsatz der schweren Wärmebildkameras wäre eine leistungsstärkere Drohne nötig. Die Erstellung eines Solarkatasters wäre technisch möglich, aber auch sehr aufwendig. Momentan könnten zwei Mitarbeiter die Drohne bedienen.

BMin **Schwarz** stellt abschließend die Kenntnisnahme des Gremiums fest.

TOP 2 Photovoltaik Potenzial-Feinanalyse
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf.

Es erfolgt ein Bericht durch einen **Mitarbeiter** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft zur Potential-Feinanalyse für Photovoltaik (PV) anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Nachdem im September des vorigen Jahres die Grobanalyse vorgestellt wurde, sei jetzt die Feinanalyse abgeschlossen. Ziel sei, eine Ausbaustrategie zu erarbeiten und die möglichen und sinnvollen Betreibermodelle zu berücksichtigen. Neben den ökologischen seien auch wirtschaftliche Gesichtspunkte vorteilhaft für die Stadt.

Der **Fachbereichsleiter** Hochbau und Gebäudewirtschaft ergänzt Informationen zu den Finanzierungen und Haushaltsauswirkungen. Berechnet sei die Amortisierung anhand der eingesparten Stromkosten und der berechneten CO₂-Bepreisung. Er geht kurz auf den Photovoltaik-Ausbau an Fassaden ein, der allerdings erst nach dem Bau von PV auf Dächern angegangen werden

soll.

BMin **Schwarz** zufolge seien die Berechnungen in der Annahme gleichbleibender Preise erfolgt. Durch den Ukraine-Krieg könne die weitere Preisentwicklung nicht vorhergesehen werden. Daher solle so schnell wie möglich mit dem Ausbau begonnen werden. Der Antrag 433/20 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei mit dem Bericht endgültig erledigt. Sie eröffnet sodann die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** dankt für den verständlichen Bericht. Sie sieht den PV-Ausbau auch als Beitrag zur Erreichung von Energie-Autarkie. Die Produktion von PV-Anlagen werde wohl mit der erhöhten Nachfrage nicht nachkommen, daher sollte schnellstmöglich begonnen werden. Für sie steht einem überschaubaren Einsatz ein hoher Gewinn gegenüber. Sie fragt, aus welchen Gründen

TOP 2 Photovoltaik Potenzial-Feinanalyse
- mündlicher Bericht

manche Gebäude nicht in das Programm aufgenommen werden können und spricht in diesem Zusammenhang den Denkmalschutz an, der künftig vielleicht aufgrund der Notwendigkeit kein Ausschlusskriterium mehr sein könne. Die Frage sei, wie sich der Ausbau noch mehr beschleunigen lässt. Gleichzeitig mit der eigenen Erzeugung von Energie müsse auch der Aspekt des Energiesparens vorangetrieben werden.

Die Analyse sehe gut aus, führt Stadtrat **Braumann** aus. Die vorgestellten Ergebnisse und Zahlen bittet er in einer Vorlage ausführlich darzustellen. Er fragt, ob auch der Aspekt der Stromspeicherung untersucht worden sei. Insgesamt sei das Thema der Versorgungssicherheit wichtiger denn je und seine Fraktion unterstütze den Photovoltaik-Ausbau.

Stadtrat **Remmele** bilanziert, dass Photovoltaik effektiv sei und zum Einsparen von Energiekosten beitrage. Die Dachausrichtung sollte bei neuen Gebäuden bereits auf den Aspekt von Photovoltaik bei der Planung berücksichtigt werden. Er bittet zu prüfen, ob die Planungen nicht doch mit Bestandsmitarbeitern geschehen könne, anstatt neue Stellen zu schaffen.

Es seien dramatische Zeiten, so Stadtrat **Juranek**, die Veränderungen mit sich bringen. Er plädiert für noch mehr Photovoltaik-Ausbau entlang der Autobahn oder an Autobahnlarmschutzwänden. Es sollten möglichst alle infrage kommenden Flächen genutzt werden. Ebenso sollten die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim für den Bau und Betrieb ins Boot genommen werden.

Stadtrat **Eisele** zufolge lohnen sich Investitionen in Photovoltaikanlagen immer. Die Dächer, die sich nicht für PV-Anlagen eignen, sollten auf Begrünung untersucht werden. Er fragt nach kombinierten PV-/Solaranlagen auch zur Wassererwärmung, und ob diese auch Teil der Untersuchung waren. Er fragt, ob die Speicherung des Stroms auch in Clouds möglich sei.

BMin **Schwarz** sieht eine große Übereinkunft beim Thema. Bei den Haushaltsberatungen für kommendes Jahr werde wieder darüber gesprochen werden. Die Aufbereitung der Informationen als Vorlage sagt sie zu. Generell werde geprüft, ob PV- oder Solaranlagen für ein Gebäude benötigt werden; viele seien auch ans Fernwärmenetz angeschlossen. Ebenso spricht die Kombination von PV-Anlagen und Begrünung an, die sich sehr gut ergänzen würden.

Der **Fachbereichsleiter** Hochbau und Gebäudewirtschaft führt aus, dass die vorgestellte Variante 2

schon den schnellsten Ausbau nach sich zieht. Für einige Dächer seien Vorarbeiten für die Statik nötig. Der Denkmalschutz schließe eine PV-Anlage per se nicht aus, dies werde individuell geprüft und genehmigt. Die übrigen ungeeigneten Dächer seien aufgrund hoher Beschattung, ungünstiger Neigung oder Ausrichtung ausgeschlossen worden. Eine Speichermöglichkeit des Stroms vor Ort sei teuer, deshalb ziehe man die Einspeisung vor. Gleichwohl könnte lokal über eine Speicherung nachgedacht werden. Der Effekt von eingespartem Strom werde überwiegend durch aufwendigere Technik und deren Steuerung wieder egalisiert. Einsparpotentiale sieht der Fachbereichsleiter eher im Bereich Wärmeerzeugung.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft ergänzt, dass als erstes Ziel möglichst viel PV-Strom erzeugt werden soll; die Speicherung von Strom könne in einem nächsten Schritt folgen. Die Stadt habe eher Dachflächen im Blick als Freiflächen, die für andere Zwecke und Themen geeigneter seien. Die Untersuchung von Dachbegrünung und Photovoltaik laufen immer zusammen.

Stadtrat **Bauer** plädiert dafür, andere Projekte zurückzustellen und dafür den PV-Ausbau zu priorisieren.

TOP 2 Photovoltaik Potenzial-Feinanalyse
- mündlicher Bericht

BMin **Schwarz** bestätigt die Priorisierung von Dächern vor Freiflächen. Eher halte sie Photovoltaik an Lärmschutzwänden für sinnvoll. Mit den Stadtwerken sei man im Kontakt bezüglich Contracting-Modellen; diese würden auch Cloud-Lösungen einschließen. Die Mitarbeiter seien momentan mit vielen Projekten wie dem Bildungszentrum West eingebunden. Durch die weiterlaufende Konsolidierung handle es sich eher um befristete Stellen.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt BMin **Schwarz** den öffentlichen Teil der Sitzung.